

Die doppeldeutige Außenpolitik der Regierung Meciar. (I)

Wlachovsky, Miroslav

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wlachovsky, M. (1996). *Die doppeldeutige Außenpolitik der Regierung Meciar. (I)*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 65/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46618>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die doppeldeutige Außenpolitik der Regierung Mečiar (Teil 1)

Zusammenfassung

Infolge des Fehlens komplexer Konzeptionen zur Außenpolitik sowie nicht ausreichender Zahl qualifizierter Diplomaten in der selbständigen Slowakischen Republik hat die Slowakei bis heute keine langfristige außenpolitische Strategie. Dies führt dazu, daß ihre Außenpolitik nur eine Ad-hoc-Politik ist. Die Doppeldeutigkeit der slowakischen Außenpolitik besteht darin, daß die Regierung den Beitritt zu den europäischen politischen und Sicherheitsstrukturen als ihr Grundziel verkündet, jedoch stand und steht ihre Innenpolitik häufig im Widerspruch zu den grundlegenden europäischen Normen. Die besorgniserregende innenpolitische Entwicklung der Slowakei, die seit den Wahlen im Herbst 1994 eine autoritäre Ausrichtung nimmt, erntete auch Kritik des Westens in Form einer Note der EU und zweier diplomatischer Demarchen. Auch die Ostpolitik der Slowakei entspricht nicht der deklarierten prowestlichen Orientierung.

Seit der Entstehung der selbständigen Slowakischen Republik hatte ihre Außenpolitik im Gegensatz zu Nachbarstaaten wie zum Beispiel der Tschechischen Republik, Ungarn oder Österreich unter einigen Systemmängeln zu leiden, die sich aus der Plötzlichkeit und fehlenden Vorbereitung der slowakische Seite auf die Teilung der ČSFR ergaben. Der erste Mangel dieser Art war die schwache institutionelle Absicherung und eine gewisse Unterschätzung der Bedeutung des Ressorts für auswärtige Angelegenheiten im Haushaltsplan der ersten Regierung Mečiar. Mehrere erfahrene Diplomaten der ehemaligen ČSFR waren für den entstehenden slowakischen auswärtigen Dienst nicht akzeptabel, da sie im vorhergehenden Zeitraum gegen den Zerfall des gemeinsamen Staates gewesen waren. Folge davon ist, daß dem slowakischen Außenministerium qualifizierte Diplomaten fehlen, es permanent unter Geldmangel leidet und seinen Sitz in einem ungeeigneten Gebäude hat. Angesichts der häufigen Ablösung von Ministern im Verlauf der drei Jahre wurde auch keine langfristige Konzeption der slowakischen Außenpolitik ausgearbeitet.

Die Tatsache, daß die Slowakei niemals gezwungen war, eine eigene Außenpolitik zu formulieren (in der kurzen Zeit der Slowakischen Republik 1939-1945 war die Slowakei ein Vasallenstaat des Hitler- Deutschland; demnach wäre es illusorisch, hierbei an eine eigenständige Außenpolitik zu denken), zeigt sich auch in der mangelhaften "Software"-Ausrüstung der slowakischen Außenpolitik. Nur unter Schwierigkeiten sind Bruchstücke eines originär slowakischen außenpolitischen Denkens auszumachen, von komplexen Konzeptionen ganz zu schweigen. Diese Arbeit, falls sich ihr jemand systematisch widmen wollte, wird obendrein durch die Tatsache erschwert, daß die Archive, die die Slowakische Republik betreffen, sich häufig außerhalb ihres Gebiets befinden - in Prag bzw. Budapest. Neben den Problemen der Materialien und des Zugangs wird dieses Bestreben auch noch

durch den Mangel an menschlichen Ressourcen behindert. In der Slowakei gibt es bislang nicht genügend ausgewiesene Fachleute, die den Wunsch und die Möglichkeiten hätten, mittel- und langfristige außenpolitische Konzeptionen vorzubereiten, die für eine erfolgreiche Beschlußfassung der Entscheidungsorgane notwendig sind. Im Vergleich zu Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik leidet die Slowakei zudem an einem Mangel an Fachleuten für Fragen der Rechtsangleichung. Wie es der ehemalige Außenminister der Slowakischen Republik, Eduard Kukan, sagte: "Hier besteht eine Disproportion. Tatsache ist, daß die Polen und Ungarn 60 bis 80 Mitarbeiter haben, die sich seit einigen Jahren nur mit diesen Fragen befassen. Es stimmt, daß die Slowakei in dieser Hinsicht im Rückstand ist. Die Österreicher haben 55.000 Vorschriften geändert, bevor sie EU-Mitglied wurden. Bei uns entwickelt sich dies allmählich, jedoch haben wir spät begonnen und noch immer ist die personelle Besetzung zahlenmäßig unzureichend."¹ Die erwähnten "Software"-Mängel der slowakischen Außenpolitik machen sich in der alltäglichen Praxis natürlich in unerwünschter Weise bemerkbar. Ihre praktischen Folgen sind Inkonsequenz, fehlende langfristige Strategien, nicht zu Ende geführte einzelne Schritte, mit einem Wort: eine Ad-hoc-Politik. Die slowakische Politik ist darum eine reagierende, viele Entscheidungen werden erst unter dem Druck der Ereignisse gefällt.

Die doppeldeutige Außenpolitik der Regierung Mečiar

Folge der erwähnten Mängel war die Tatsache, daß die slowakische Außenpolitik unter der Führung des Premiers Vladimír Mečiar von den wichtigsten außenpolitischen Partnern als nicht eindeutig aufgefaßt wurde. Der österreichische Kanzler Franz Vranitzky brachte dies in einem bilateralen Gespräch mit dem Premier Mečiar prägnant zum Ausdruck: "Wir sehen bei Ihnen in der Slowakei zwei Gesichter. Das eine ist der Europäischen Union freundlich zugeneigt, während das zweite anders aussieht."² Einerseits hat die slowakische Regierung nie aufgehört, den Beitritt zu den europäischen wirtschaftlichen, politischen und Sicherheitsstrukturen als ihr Grundziel zu verkünden, andererseits stand und steht ihre Innenpolitik häufig im Widerspruch zu den grundlegenden europäischen Normen. Diese Disproportionen waren für jede Regierung Mečiar charakteristisch, nahmen im Verlauf der Zeit zu und erreichten nach den Wahlen im Herbst 1994 ihren Höhepunkt, als Vladimír Mečiar sich entschloß, seine Macht mit allen ihm möglichen Mitteln zu festigen und mit zwei extremistischen Parteien - der nationalistischen Slowakischen Nationalpartei (SNS) und der ultralinken "Vereinigung der Arbeiter der Slowakei" (ZRS) - eine Regierungskoalition bildete.

Westliche Kritik an der slowakischen Außen- und Innenpolitik

Gegenstand westlicher Kritik war vor allem die ständige Einschränkung der Möglichkeiten der Opposition, auf die Politik der Slowakei Einfluß zu nehmen und die jetzige Regierung zu kontrollieren. Des weiteren wurden als Mißstände genannt: Unterdrückung der Meinungsfreiheit in den Medien, weitere Verlangsamung einiger Schlüsselprozesse der wirtschaftlichen Transformation (Privatisierung), die in einigen Fällen bis zur gänzlichen Einstellung ging, sowie auffällige Bemühungen der Exekutive, die natürliche Gewaltenteilung im Staate zu unterlaufen, was insbesondere in dem langwährenden Streit zwischen dem Premier und dem Präsidenten Michal Kováč zutage tritt. Der Streit zwischen den beiden exponiertesten Vertretern des Staates hat bedrohliche Ausmaße angenommen und geht weit über die Grenzen des Vorstellungsvermögens der meisten Beobachter hinaus. Seine stärksten Momente sind die bislang nicht widerlegte Beteiligung des Slowakischen Geheimdienstes (SIS), dessen Leiter Ivan Lexa die rechte Hand des Premiers ist, an der Entführung des Präsidentensohnes, Michal Kováč jun., und die vor kurzen von Michal Kováč gegen Premier V. Mečiar eingereichte Strafanzeige wegen Verleumdung, unwahrer Beschuldigung, Amtsmißbrauch sowie Beleidigung des Präsidenten der Republik.³ Die Entführung des Präsi-

¹ Striel'ame sa do nohy. Rozhovor s Eduardom Kukanom, in: Sme, 29.3.1996, S. 13.

² Národná obroda, 4.3.1995.

³ Národná obroda, 30.5.1996.

dentensohnes, die Ermittlung, die keine Ermittlung ist (nach sieben Monaten und zwei abgelösten Polizeiermittlern wurde der Fall vom dritten Ermittler, Major Číž, vorläufig eingestellt), und der außenpolitische Kontext griffen nicht nur in die innenpolitische Szene, sondern auch in die Außenbeziehungen der Slowakischen Republik tief ein. Der Vorfall schadete vor allem den Beziehungen mit dem benachbarten Österreich, die bis dahin mit Ausnahme von Fragen der Kernenergie relativ problemlos waren; in allen offiziellen Materialien der Mečiar-Administration wird Österreich als das Eintrittstor der Slowakei nach Europa bezeichnet. Das auffälligste Zeichen der Besorgnis von Vertretern des demokratischen Westens über die erwähnte Entwicklung in der Slowakischen Republik war eine Note der Europäischen Union (EU), die dem Nationalrat der Slowakischen Republik im Dezember 1994 zugestellt wurde, und der sich im Oktober 1995 eine weitere kritische Demarche der EU sowie eine Demarche der amerikanischen Regierung anschlossen. So erreichte die Slowakei den unrühmlichen Vorrang, als einziges der assoziierten EU-Länder nicht eine, sondern sogar zwei Demarchen bekommen zu haben.

Beide Demarchen wiesen auf beunruhigende Tendenzen zur Machtkonzentration in einer Hand, auf ungenügende Sensibilität in bezug auf ein Kräftegleichgewicht ("balance of power") sowie auf den sich vertiefenden Konflikt zwischen dem Premier und dem Präsidenten hin: "Die EU verfolgt mit Besorgnis mögliche Aktionen, die gegen den Präsidenten der Republik unternommen werden, und der Verfassung sowie der demokratischen Praxis der EU schaden könnten."⁴ Leider war die Reaktion von führenden Vertretern des derzeitigen slowakischen Establishments, insbesondere von Premier Mečiar, von Gekränktheit, Selbstgefälligkeit und vor allem tiefgehendem Nichtbegreifen der eventuellen Konsequenzen für die langfristige Entwicklung der Slowakischen Republik gekennzeichnet. Diese Charakterzüge präsentierte der Premier in vollem Ausmaß auf dem Parteitreffen der HZDS ("Bewegung für eine demokratische Slowakei") vor ungefähr 3.000 Anhängern am 26. Oktober 1995 in Košice. In bezug auf die Demarche erklärte er, es hätte sich eigentlich nicht um eine Demarche, sondern um ein Kommuniqué gehandelt, das gewisse Befürchtungen enthalte, ob die Frage des Präsidenten demokratisch gelöst werden würde. "Wir haben ihnen versichert, daß es der Fall sei wird, daß wir nur wegen Michal Kovač die Demokratie nicht verletzen werden." Zum Beitritt der Slowakei in die EU führte er außerdem aus, daß sich die Bürger keine Sorgen machen müßten, ob die Slowakei aufgenommen wird oder nicht, "denn sie brauchen uns, weil wir geopolitisch außerordentlich günstig liegen".⁵

Eine ähnliche, wenn auch etwas geringere Ignoranz hinsichtlich der grundlegenden Zusammenhänge und Folgen der EU-Demarchen zeigte der Außenminister Juraj Šenk in der Parlamentsdebatte über die Außenpolitik der Slowakischen Republik am 10. November 1995. In seiner Rede sagte der Minister, daß er nicht beabsichtige, "auf irgendwelche aktuelle, zum damaligen Zeitpunkt offenkundig attraktive, gegenwärtig aber ephemere Angelegenheiten zu reagieren".⁶ Mehrere der im Saal Anwesenden hielten dies für den Standpunkt des Außenministeriums in bezug auf die Demarchen der EU und der USA. Der Minister wiederholte später im Nationalrat der Slowakischen Republik praktisch seine Frühjahrsrede und faßte abermals die deklarierten außenpolitischen Prioritäten zusammen. Die Reaktionen der Abgeordneten auf die Rede waren kritisch, wobei sich einige auch über die mehrfache Verschiebung der Parlamentsdebatte über die Außenpolitik beschwerten. Peter Weiss, der Vorsitzende der "Partei der demokratischen Linken" (SDL), bezeichnete nicht die Verschwörung des Auslands oder von Journalistenkreisen oder von Propaganda als das größte Problem der slowakischen Außenpolitik, sondern die Art der Machtausübung. Der ehemalige Außenminister Eduard Kukan von der "Demokratischen Union" (DU) ging auf die Reaktion der offiziellen Stellen auf die Demarchen ein, die als Versuch, die Bedeutung dieser diplomatischen Schritte zu mindern, charakterisiert werden können. Er wies auch die kritischen Worte zurück, daß sich ausländische Kreise nicht mit offiziellen Repräsentanten, sondern mit der Opposition treffen würden. Ebenso verwarf er die These, daß unsere geopolitische Lage uns automatisch das Interesse

⁴ Trend, prehľad udalosti roku 1995.

⁵ Ebenda.

⁶ Pravda, 11.11.1995.

europäischer Institutionen sichere. Solche Erklärungen seien, so E. Kukan, von Nachteil. "Man muß sich selbst im Spiegel ansehen und nicht die Feinde irgendwo anders suchen", fügte er an die Adresse der Koalition hinzu.

Die ausbleibende Reaktion der slowakischen Regierung auf die wiederholten Warnungen der Europäischen Union sowie der Zustand der Demokratie in der Slowakei führten zu Reaktionen weiterer europäischer Strukturen. Das Europäische Parlament erließ am 16. November 1995 eine Resolution, in der darauf hingewiesen wurde: "Wenn die slowakische Regierung weiterhin eine Politik fortsetzt, die Demokratie, Menschen- und Minderheitenrechte sowie die Prinzipien eines Rechtsstaates nicht respektiert, wird die EU gezwungen sein, ihre Hilfsprogramme zu überdenken." Diese Resolution ging dem ersten Treffen des gemeinsamen parlamentarischen Ausschusses des Europäischen Parlaments und des Nationalrats der Slowakischen Republik voran, das vom 22.-24. November 1995 in Bratislava stattfand. Der Leiter der Delegation des Europäischen Parlaments, Herbert Bosch, sagte nach den Beratungen gegenüber der Tageszeitung "Pravda" unter anderem folgendes: "Wir denken, daß gerade in der grundsätzlichen Debatte über die politische Situation in der Slowakischen Republik einige Fragen wirklich noch nicht so beantwortet worden sind, wie es sich das Europäische Parlament vielleicht vorgestellt hat. Die parlamentarische Opposition ist in verschiedenen wichtigen parlamentarischen Ausschüssen nicht vertreten. Sinnvoll ist - so regiert die Mehrheit der europäischen Parlamente - eine Beziehung zur parlamentarischen Opposition durch gemeinsame Arbeit."⁷ Auf der Pressekonferenz nach den Beratungen beantwortete H. Bosch die Frage, ob er ein anderes Land kenne, in dem der Geheimdienst ebenfalls nicht der Kontrolle der Opposition unterstellt sei, knapp: "Nein, kenne ich nicht. Und das sind jene Probleme des Verstehens."⁸ Der Dialog der europäischen Strukturen mit der Slowakei im Herbst 1995 erinnerte an einen Dialog mit einem Tauben, der zudem die übrigen der Taubheit beschuldigt. Die von der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament aufgestellten Bedingungen sind klar formuliert, unklar hingegen ist die Antwort der Slowakei darauf und ob sie die Bedingungen erfüllen wird, als ob sich die obersten slowakischen Regierungsvertreter der Folgen ihres Verhaltens und der eventuellen Konsequenzen einer Störung des Dialogs mit der Europäischen Union nicht ganz bewußt wären.

Die Ostpolitik der Slowakei

Bildet der Widerspruch zwischen der deklarierten prowestlichen Außenpolitik und der eigenen Innenpolitik die eine Dichotomie der Politik des Premiers Mečiar, so ist die andere der Widerspruch zwischen der slowakischen West- und Ostpolitik. Diese Tatsache, die der außenstehende Beobachter als einen offenkundigen Widerspruch auffaßt, ergibt sich im Grunde genommen aus dem ersten Widerspruch. Der charismatische slowakische Führer erklärte das in dem bekannten Satz: "Wenn man uns im Westen nicht haben will, gehen wir in den Osten." Die ursprüngliche Absicht Vladimír Mečiar, der sich selbst unter anderem suggeriert, ein schlauer und weiser Diplomat zu sein, war das Bestreben, aus der Slowakei eine Art Brücke zwischen dem Osten und dem Westen zu machen; er bemühte sich zwischen Rußland und den westlichen Partnern zu balancieren, wobei er offensichtlich das überschätzte, was die kleine Slowakei in so einem Spiel einzusetzen hat. Dieses Phänomen hat der in der Slowakei lebende russische Autor, Sergej Chelemendik, gut beschrieben: "Die Ostpolitik Mečiar ist zu einem großen Teil die Folge des Mißerfolgs seiner Politik im Westen. Es blieb einfach nichts anderes übrig, als sich dem Osten zuzuwenden. Aber in Folge dieser Notwendigkeit kann seine Politik sowohl im Westen als auch im Osten verdächtig erscheinen. So schaut das kurze Schema der geopolitischen Sackgasse der Politik Mečiar aus. Der im Westen abgewiesene Mečiar zieht die relativ wohlhabende Slowakei gen Osten, an die Seite Rußlands, das in Ruinen liegt und sich immer mehr dem Westen zuneigt. Es entsteht eine geradezu komische Situation. Rußland hat heute die prowestlichste Regierung seiner gesamten tausendjährigen Geschichte. Es neigt sich, fast zu eindeutig, dem europäisch-amerikanischen Entwicklungsweg zu. Der Westen lehnt Jelzins Team, das

⁷ Národná obroda, 25.11.1995.

⁸ Ebenda.

an der Spitze der prowestlichen Reformen steht, nicht nur nicht ab, sondern betet, im Gegenteil, darum, daß sich dieses Team über Wasser halten kann. Und der vom Westen abgelehnte charismatische Mečiar sucht zur selben Zeit Moskaus Freundschaft und Schutz.⁹ Die Folge ist schließlich, daß die Slowakei unter dem Klang der Worte über die Brücke zwischen Ost und West, derer alle überdrüssig sind, immer weiter hinter den anderen, vorausschauenderen postkommunistischen Ländern zurückbleibt.

Die slowakisch-russischen Beziehungen erlangten nach der Bildung der dritten Regierung unter Mečiar eine erstaunliche Dynamik. Premier Mečiar hat sich mehrfach über die Beziehungen zur Russischen Föderation als modellhaft geäußert, wobei er vor allem die wirtschaftliche Dimension dieser Beziehungen betonte. Leider zeigt sich, daß diese "pragmatische" Ostpolitik der Slowakei verschiedene irrtümliche Voraussetzungen und Illusionen wiedergibt und häufig das Spiegelbild partikulärer Partei- und lobbyistischer Interessen ist. Das grundlegende Ausgangsmerkmal dieser Beziehungen ist nämlich ihre Asymmetrie. Es sind Beziehungen zweier Staaten mit nicht vergleichbarem wirtschaftlichen und Machtpotential bzw. internationalem Stellenwert. "Aus diesem Mißverhältnis ergibt sich gesetzmäßig die inhaltliche Verschiedenheit der Interessen in den bilateralen Beziehungen. Wenn im Falle der Slowakei vor allem von einem ökonomischen Interesse bei der Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen auszugehen ist, ist im Falle Rußlands dieses Interesse unter dem Gesichtspunkt der Vorteilhaftigkeit geringfügig. Für Rußland haben die Beziehungen zur Slowakei vor allem politische Bedeutung, im breiteren, zumindest mitteleuropäischen Kontext, woraus folgt, daß aus dem Blickwinkel der russischen Seite diese Beziehungen nicht nur bilateraler Art sind."¹⁰ Der Partei- und lobbyistische Partikularismus zeigt sich auf slowakischer Seite in der Antwort auf die klassische juristische Frage: "Qui bono?" Wer hat davon einen Nutzen? Das ist meistens das Management großer Unternehmen, die die Garantien des Staates benötigen, von russischen Lieferungen abhängig sind und im Gegenzug konkrete Parteien und Bewegungen unterstützen. "Die Frage lautet jedoch, ob diese rein pragmatischen Interessen einflußreicher lobbyistischer Gruppen, deren Interessen die Regierung V. Mečiar nach dem Prinzip "Wirtschaft über alles" repräsentiert, nicht langfristigen wirtschaftlichen, politischen und Sicherheitsinteressen der Slowakischen Republik übergeordnet sind, angesichts der Tatsache, daß Rußland immer noch nicht gelernt hat, in seinen "bilateralen" Beziehungen, insbesondere betrifft das die postsowjetischen und postsozialistischen Länder, Wirtschaft von Politik zu trennen."¹¹ Premier Mečiar, den viele Analytiker als erfolgreich im Kampf um die Macht, aber einen sehr schlechten Sachwalter dieser bezeichnen, bestätigt dies auch in seiner Außenpolitik. Mit dem relativ vorteilhaften Ausgangskapital der jungen Slowakischen Republik in der internationalen Arena - friedliche Teilung der ČSFR, Assoziationsabkommen mit der EU, gute makroökonomische Daten - schaffte er es, daß die Slowakei entgegen den üblichen diplomatischen Versicherungen vom Westen in die Isolation geraten ist und sich seine Rohstoff- und wirtschaftliche Abhängigkeit von Rußland nicht verändert bzw. sogar zugenommen hat.

Miroslav Wlachovský

Der Verfasser ist Direktor des Research Centre of the Slovak Foreign Policy Association, Bratislava.

Redaktion: Eleonora Schneider

Übersetzung: Olga Löwen

⁹ S. Chelemendik, *Portréty slovenských politikov*, Bratislava 1996, S. 29-30.

¹⁰ A. Duleba, *Slepý pragmatizmus slovenskej východnej politiky*, Výskumné centrum SFPA, Bratislava 1996, S. 6.

¹¹ Ebenda, S. 15.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110
ISSN 0945-4071